

einen Reservefonds anzusammeln, ohne den eine Knappschafftskasse überhaupt nicht bestehen kann?

(Sehr wahr!)

Meine Herren! Der Herr Abg. Liebknecht hat gesagt, es hätten Aufhebungen nicht stattgefunden. Ich achte die parlamentarische Sitte viel zu hoch, als daß ich behauptete, daß eine Aufhebung in den von mir vorgelesenen Worten zu befinden sei; aber, meine Herren, wenn ein ganz Unbefangener, der nicht weiß, daß Herr Liebknecht Abgeordneter ist, hört, daß Jemand jene Aeußerung in Bezug auf die Knappschafftskassenverhältnisse gethan, so kann ich nicht dafür stehen, wenn er etwa glauben sollte, daß das auf eine Aufhebung hinausläufe. (Sehr gut! rechts.)

Alsdann hat der Herr Abg. Liebknecht erwähnt, seit 10 Jahren gingen Vorstellungen bei der Regierung seitens der Knappschafftsmitglieder ein und alle ihre Vorschläge seien unberücksichtigt gelassen. Es werden nicht gerade 10 Jahre sein; aber es ist bereits eine längere Zeit her, daß in der That Vorstellungen seitens der Knappschafftsmitglieder eingegangen sind; allein sie haben keine Vorschläge enthalten, die nach Lage der Gesetzgebung überhaupt zur Ausführung hätten gebracht werden können. In der Hauptsache liefen sie darauf hinaus, daß die mangelnde Freizügigkeit innerhalb der Knappschafftsverbände sie hart beträfe. Meine Herren! Bis zu einem gewissen Grade kann man das anerkennen und die Regierung hat, um diesen Härten zu begegnen, Verhandlungen eingeleitet, die zum Zweck hatten, womöglich alle Knappschafftsverbände in eine gemeinsame Knappschafftskasse zu vereinigen. Die Verhandlungen haben zu keinem Ziele geführt und ich muß freilich sagen, daß nach solchen Reden, wie sie der Herr Abg. Liebknecht im Jahre 1876 im Reichstage gehalten hat, es mich nicht sehr wundert, wenn zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern die Einigung nicht hat herbeigeführt werden können, welche vorhanden sein müßte, wenn diese Verhandlungen zu einem günstigen Abschlusse kommen sollten. Nachdem im Wege der Verhandlung, die, wenn sie geglückt wäre, schneller, als jede gesetzgeberische Maßregel zu einem Ziele hätte führen müssen, zu einem Ziele nicht zu gelangen gewesen ist, so wird es allerdings Sache der Erwägung sein, ob im Wege der Gesetzgebung zu neuen Maßregeln zu schreiten sei. Meine Herren! Zu diesen Erwägungen hat die Regierung sich bereit erklärt und sie war, wie ich wiederhole, bereits mit den Vorbereitungen, die jeder Gesetzgebung ähnlicher Art vorausgehen müssen, beschäftigt.

Wenn der Herr Abg. Liebknecht weiter über vermeintliche Unvollkommenheiten bei dem Betriebe unserer Steinkohlenwerke geklagt hat, so ist ihm seitens des Herrn Regierungscommissars geantwortet worden. Meine Her-

ren! So lange es nicht nachgewiesen ist, habe ich durchaus keinen Grund, anzunehmen, daß unsere sächsischen Steinkohlenwerke minder rationell und minder vorsichtig betrieben werden, als andere Werke in Deutschland und Europa, und ich habe keinen Grund, anzunehmen, daß unsere Aufsichtsbehörden nicht gewissenhaft ihre Pflicht erfüllen.

Daß die socialdemokratischen Grundsätze uns schließlich dem Absolutismus zuführen werden, das ist möglich; (Sehr wahr!)

aber sie werden der Regierung doch niemals die Allmacht verschaffen, daß sie jeden Unfall in einem Bergwerke zu verhindern und böse Wetter für alle Zukunft von den Steinkohlengruben fernzuhalten im Stande wäre.

(Heiterkeit. Sehr richtig!)

Vizepräsident Streit: Meine Herren! Nur noch wenige Worte. Der Herr Abg. Liebknecht hat im Allgemeinen den Liberalismus angegriffen. Auf dieses Feld will ich ihm gar nicht folgen; das sind abgethane Redensarten: Bankerott des Liberalismus! Der Liberalismus wird ebenso gut bestehen und eine berechtigte Strömung im Staate sein, wie der Conservatismus, das steht baumfest. Solche Worte, wie Bankerott des Liberalismus, sollte man unter ernstern Männern nicht gebrauchen. Im Uebrigen hat der Herr Abg. Liebknecht heute wieder einen Beweis dafür geliefert, wie eben gerade von socialdemokratischer Seite immer gekämpft worden ist. Er hat bestritten, daß er einen schweren Vorwurf gegen den Betrieb des Steinkohlenbergbaues in Sachsen erhoben hat, und gleichwohl müssen die stenographischen Niederschriften nachweisen, daß er den Betrieb des Steinkohlenbergbaues in Sachsen ganz allgemein als einen vernunftwidrigen, irrationellen, Leben und Gesundheit gefährdenden bezeichnet, und ich frage alle Herren, die hier sind, ob er das nicht gethan hat.

(Abg. Liebknecht: Ich habe den Betrieb, aber nicht die einzelnen Beamten gemeint.)

Es ist ja selbstverständlich, meine Herren, wenn der Betrieb vernunftwidrig, wenn er irrationell ist, so müssen doch die Männer, die dafür zunächst verantwortlich sind, auch den Vorwurf auf sich beziehen.

(Abg. Liebknecht: Das kann man auch von dem ganzen Ackerbau erklären.)

Wenn aber der Herr Abg. Liebknecht behauptet: wenn dieser sein Vorwurf seine persönliche Spitze gegen Beamte gerichtet hätte, so würde ihm von Seiten des Herrn Präsidenten der Ordnungsruf zu Theil geworden sein, da verstehe ich allerdings nicht, was er von parlamentarischer Redefreiheit hält. Es würde der Herr Präsident — ich maße mir nicht an, in sein Amt einzugreifen —, aber das glaube ich bestimmt, er würde gewiß nicht wegen Angriffen auf die Thätigkeit von